

Dürftige Informationen werden nicht akzeptiert

Zum Artikel „Aufhebung des msp-Beschlusses ohne Wirkung“ in der Ausgabe vom 17. April:

Ein Grund unseres Antrages zur Aufhebung des „Stadtratsbeschlusses vom 6. Juni 2010 „Änderung des Bebauungsplanes Gewerbegebiet Türk“ bleibt in der ausführlichen Berichterstattung leider unerwähnt.

Nach Akteneinsicht steht für mich fest, dass der Bauverwaltung seit 28. April 2010 durch das Schreiben „Anlage 1, Gegenstand zur Prüfung des BIMSG (Bundesimmissionsschutzgesetzes)“ des beauftragten Planungsbüros bekannt war, dass die Firma „msp Ihre Entsorger GmbH“ mit einer Menge von zunächst 128.047 Tonnen Wertstoffen pro Jahr in Türk Marzoll geplant hat. In der Beschlussvorlage der Bauverwaltung vom Juni 2010 war lediglich von einer Verlagerung des Betriebes von Bayerisch Gmain nach Türk die Rede. In Bayerisch Gmain fiel eine Menge von 2.400 Tonnen Wertstoffe pro Jahr an. Inzwischen steht eine Menge von 84.000 Tonnen zur Genehmigung in Türk an. In Bayerisch Gmain wurden zehn Tonnen pro Tag umgesetzt, in Türk wären das rund 380 Tonnen pro Tag. Über diese wesentlichen Fakten wurde der Stadtrat nicht informiert.

Auch wurde der Stadtrat über die Lagerung von Giftstoffen wie Asbest und Hölzern der Klasse 4, die in Bayerisch Gmain verboten war, nicht in Kenntnis gesetzt. Das sind nicht Höl-

zer, die einfach mit „Holzschutzfarbe bestrichen sind“. Darin sind Nervengifte, toxische Stoffe wie Lindan, PCB, Xylamon und Chrom, das bei Kesseldruckimprägnierung verwendet wird, enthalten.

Das Versprechen von Oberbürgermeisters Dr. Herbert Lackner bei der Bürgerversammlung im November 2011 in Marzoll, mit der Firma und dem Landratsamt unmittelbar Gespräche zu führen hinsichtlich alternativer Lösungen, wird von uns weiter eingefordert. Durch die Rücknahme des Beschlusses vom Juni 2010 hat der Stadtrat der Bauverwaltung ein Zeichen gesetzt, dass Beschlussvorlagen mit zu dürftigen oder fehlenden Inhalten vom Stadtrat nicht akzeptiert werden. Der Beschluss ist auch ein Zeichen an msp, dass der alte Bebauungsplan weiter Gültigkeit hat und eine künftige Erweiterung des Betriebes erneut bei der Stadt beantragt werden muss.

Bürger fragen sich jetzt, wieso auf einem kleinen Gewerbegebiet, von dem nur 1,4 Hektar nutzbar sind und durch Beschluss auch nur etwa die Hälfte jetzt für den Betrieb verfügbar ist (circa 0,7 Hektar), eine derartige Abfallmenge von 84.000 Tonnen Bestand hat, die eigentlich in ein Industriegebiet gehört. Anträge zu späteren Erweiterungen sind damit vorprogrammiert.

Michael Nürbauer, Bad Reichenhall
Bündnis 90/Die Grünen
21./22.4.12